

„Durchbruch“ zur „Trendwende“?

Eine Analyse des Fortschrittsberichts Afghanistan 2010
der Bundesregierung im nationalen und internationalen
Kontext

VANESSA JANZEN

Blickt man in die Afghanistanliteratur der letzten vier Jahre, trifft man auf Titel wie „Ruhet in Frieden, Soldaten! – Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten“ (Reichelt und Meyer 2010), „Die afghanische Misere“ (Mercy 2008), „Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse“ (Becker und Wulf 2010) und „Unter Beschuss – Warum Deutschland in Afghanistan scheitert“ (Lindemann 2010). Alle Titel implizieren eine irgendwie ausweglose Pattsituation nach zehn Jahren internationalem Einsatz in Afghanistan und beinhalten Kritik an der fehlenden Kenntnis der Umstände der deutschen bzw. internationalen politischen Akteure zum Zeitpunkt der Intervention in die Region im Jahr 2001.

Mangelnde Sachkenntnis und Information zu Afghanistan und zum Kontext des Auslandseinsatzes waren seit der ersten Petersberg-Konferenz im Dezember 2001 auf allen Ebenen offensichtlich. Die ersten gefallenen deutschen Soldaten ab 2005, der Totenschädelkandal im Jahre 2006 und die Kunduz-Affäre im Jahre 2009, führten zu einem Stimmungsumschwung in der deutschen Öffentlichkeit. Die Wahrnehmung des Einsatzes wandelte sich: Aus Desinteresse und Unkenntnis wurden Unverständnis, Empörung und Ablehnung des deutschen Bundeswehreininsatzes und mit jeder Mandatsverlängerung wuchs die Kritik an der regierungsamtlichen Nicht-Äußerung.

Die „Wende“ kam im Dezember 2010, als der Erfolg der integrierten Aufstandsbekämpfung (COIN) noch sehr im Vagen lag. Zu diesem äußerst späten Zeitpunkt versuchte das Auswärtige Amt der Kritik mit der Veröffentlichung ei-

nes umfangreichen Regierungsdokumentes gegenzusteuern: So erschien einen Monat vor der benötigten zwölften Mandatsverlängerung des Bundeswehrein-satzes in Afghanistan der erste „Fortschrittsbericht Afghanistan 2010 – zur Un-terrichtung des Deutschen Bundestages“ (im Folgenden mit ‚F‘ abgekürzt). Zehn Jahre nach der Petersbergkonferenz, welche die Entsendung von NATO-Truppen nach Afghanistan ebnete, war dieser Bericht die erste umfassende, öffentliche Bestandsaufnahme des Afghanistaneinsatzes durch die deutsche Bundesregie-rung (BR). Die Wortwahl „Fortschrittsbericht“ ist ähnlichen Dokumenten ander-er NATO-Staaten entnommen und impliziert eine eindeutige Verbesserung der Sicherheitslage und der Lebensbedingungen für die afghanische Bevölkerung. Dieser Duktus steht im starken Gegensatz zu dem späteren Trendwechsel in der Einsatzdefinition des Verteidigungsministers Thomas de Maizière, der kurz nach seiner Amtsübernahme im März 2011 verkündete, man agiere in Afghanistan „wie im Krieg“ (Frankfurter Rundschau 28. März 2011, 12). Diese Ambivalenz zieht sich durch den gesamten F, welcher im Bundestag (BT) am 16. Dezember 2010 von Außenminister Guido Westerwelle vorgestellt wurde. Federführend bei der Berichterstellung war das Auswärtige Amt unter der Lei-tung von Botschafter Michael Steiner, dem damaligen Sonderbeauftragten der BR für Afghanistan und Pakistan. Das BMI, BMZ und das BMVg wurden eng in den Arbeitsprozess mit einbezogen. Rund 100 MitarbeiterInnen aus den genann-ten Ministerien, der Botschaft in Kabul, der PRTs, deutsche VertreterInnen in den internationalen Stäben und weitere ExpterInnen waren an dem Dokument beteiligt.

Die BR erweckt durch das gesamte Dokument hindurch den Anschein einer schonungslosen und realistischen Selbstkritik, ohne jedoch von ihrem Optimis-mus abzulassen:

„Das deutsche Engagement in Afghanistan hat im Zuge seiner Anpassungen an die Herausforderungen des Einsatzes *wirksame neue Instrumente* der zivilmilitärischen Zu-sammenarbeit in Konfliktgebieten hervorgebracht, angesichts der anfänglichen Erfolge je-doch zuweilen auch *unrealistische Zielsetzungen* [...] Das Jahr 2010 könnte jedoch auch als *Wendepunkt* betrachtet werden.“ (F 5, Hervorhebung durch die Autorin)¹

Der F wurde bei seiner Veröffentlichung zunächst dankbar aufgenommen und die öffentliche Kritik hielt sich in Grenzen, da die Erstellung des Berichts allein schon einen Fortschritt in der Kommunikation darstellte, wenn es schon keinen in Afghanistan gab. Man könnte ironisch sagen, dass dies die eigentliche und

1 Zitate aus dem Fortschrittsbericht werden im Folgenden mit (F Seitenzahl) belegt.

einzigste Trendwende markierte. Durch eine einseitige Betrachtungsweise und die nicht ausreichend begründete Vorhersage einer Trendwende in Afghanistan, beförderte sich die BR so jedoch noch tiefer in die spätestens seit der Kunduz-Affäre im September 2009 bestehende Legitimationskrise.

1 FORSCHUNGSFRAGE, HYPOTHESEN UND METHODISCHES VORGEHEN

Dieser Beitrag unterzieht F einer diskurszentrierten Analyse. Die übergeordnete Forschungsfrage lautet: *Welche Funktion erfüllt der „Fortschrittsbericht Afghanistan 2010 der Bundesregierung“ im nationalen und internationalen Kontext?* Die Analyse des F dient folglich der Herausarbeitung möglicher Effekte, die die BR mit der Veröffentlichung dieses Dokuments erzielen wollte. Zwei Hypothesen stehen im Mittelpunkt der Analyse:

Hypothese I: Auf nationalem Niveau soll der Bericht die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum militärischen Einsatz festigen, also dessen Legitimation erhöhen.

Hypothese II: Auf internationalem Niveau dient der Bericht der Festigung einer bedeutenden deutschen Stellung in der Weltpolitik.

Die Analyse des F reiht sich ein in die Fragen rund um den Heimatdiskurs und stellt ein kleines Element im noch andauernden Forschungsprozess dar. Da es sich bei dem F um ein Regierungsdokument handelt, wird in diesem Artikel hauptsächlich die Seite des Diskurses der BR beleuchtet. Im Fokus der Analyse liegt die Selbstdarstellung der BR und die Kritik des eigenen Regierens mit besonderem Fokus auf den Auslandseinsatz.

Der F wird in drei aufeinanderfolgenden Analyseschritten bearbeitet. (1) Zunächst wird eine grobe Zusammenfassung des Inhalts gegeben. (2) In einem zweiten Schritt erfolgt eine ideologiekritische Betrachtung des Berichts. Hierbei werden gruppenspezifische Interessen der BR kritisch hinterfragt. Laut Gerhard Hauk bringt Ideologiekritik zwar nicht die besseren Argumente hervor, kann jedoch aufdecken, welche Einflüsse eine Interessensgruppe davon abhalten, die besseren Argumente zu vertreten (Hauk 1992: 120). Die Ideologiekritik ist demnach keine Polemik gegenüber dem F, sondern zeigt auf, an welchen Stellen des Berichts die spezifischen Interessen der BR besonders deutlich sichtbar werden. (3) In der anschließenden Diskursanalyse werden Diskursstränge und Fragmente basierend auf der Methode von Keller (2011) herausgearbeitet. Der Abschnitt fasst die beobachteten Ergebnisse zusammen und verdeutlicht sie mit Beispielen

aus dem Fließtext. Siegfried Jägers Begriffsdefinitionen zur Diskursanalyse, Diskursstrang und Diskursfragment, werden verwendet, um die Beobachtungen zu strukturieren und verständlich zu machen. Die Diskursanalyse legt Subtexte auf, die im Bericht auf den ersten Blick nicht sichtbar sind. So wird das „diskursive Gewimmel“ (Jäger 2001: 84) geordnet. Im Gegensatz zur Ideologiekritik wendet sich die Diskursanalyse von den akteursspezifischen Interessen der BR ab und einem weiter gefassten Blickwinkel zu, der die im Text verborgenen Botschaften zu entschlüsseln hilft.

2 INHALTE DES FORTSCHRITTSBERICHTS

Der Bericht zeichnet durch die Missstände und Rückschritte zwar kein positives Bild der Lage in Afghanistan, vermittelt aber dennoch einen optimistischen Blick in die zukünftige Entwicklung des Landes. Durch die Ankündigung einer Trendwende ab Ende 2010 scheint bei weiterlaufender internationaler Anstrengung und durch intensive Mitarbeit der afghanischen Regierung ein Erfolg möglich.

Die Struktur des *Fortschrittsberichts Afghanistan 2010* ist gegliedert in drei Hauptabschnitte: (1) Sicherheit, (2) Staatswesen und Regierungsführung, (3) Wiederaufbau und Entwicklung. Hierbei orientiert sich der Bericht an international abgestimmten Schemata (F 4), vor allem an den Fortschrittsberichten der US-Regierung.²

Die Unterkapitel geben ihr Themenfeld zunächst im geschichtlichen Kontext wieder, zeigen Fort- und Rückschritte auf, nehmen Bezug auf von der afghanischen Regierung durchgeführte oder angestrebte Reformen und stellen durch das AA, BMI, BMZ und des BMVg geleitete oder finanzierte Projekte vor. Hierbei werden auch die jeweils verwendeten finanziellen Mittel aufgezeigt. Erfolge und Fortschritte werden zumeist durch die Anstrengungen und Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft begründet, während die Verantwortlichkeit für Rückschritte hauptsächlich der afghanischen Regierung und den Behörden zugeschrieben wird.

-
- 2 Das US-Verteidigungsministerium bringt seit Juni 2008 im viertel- bis halbjährlichen Rhythmus einen sehr umfangreichen Fortschrittsbericht mit dem Namen „Report on Progress towards Security and Stability in Afghanistan“ heraus. Ähnliche Dokumente werden seit 2008 auch von der Regierung Kanadas („Quarterly Reports to the Parliament: Canada’s Engagement in Afghanistan“) und seit 2010 von der britischen Regierung („Operations in Afghanistan“) angefertigt.

In der Einleitung des Berichts gibt die BR als Grund und Zweck der Erstellung die Notwendigkeit einer umfassenden Bestandsaufnahme des deutschen Engagements in Afghanistan an. Der Einsatz ist ihrer Meinung nach ein Beitrag zur Sicherheitsvorsorge gegen den internationalen Terrorismus und islamistischen Extremismus (F 4).

(1) Im Bereich *Sicherheit* gibt es laut BR eine stetige Verschlechterung der Sicherheitslage, es zeichnet sich jedoch Ende 2010 eine Trendwende ab. Das Versöhnungsprogramm mit den Aufständischen läuft an und die afghanische Armee verbessert sich stetig. Außerdem bekommt die NATO durch die neue ISAF-Strategie mit einer Aufstockung der Truppenstärke auf ca. 133.000 Mann die Lage allmählich unter Kontrolle. Auch wenn die Zahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle und die Zahl der Gefallenen so hoch sind wie nie zuvor, ist nach Meinung der BR davon auszugehen, dass das Jahr 2010 einen Wendepunkt darstellt (F 9).

Der Bericht geht außerdem auf die Situation im Norden des Landes und somit dem Verantwortungsbereich der deutschen Kräfte ein. Auch wenn der Norden im regionalen Vergleich eine relativ ruhige Region darstellt, hat sich auch hier die Lage verschlechtert.

Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte verläuft dennoch besser als geplant. Quantitative Vorgaben sind sowohl bei der Polizei als auch bei der Armeeausbildung frühzeitig erreicht worden. Ein langfristiges Engagement ist laut BR in diesem Bereich jedoch weiterhin notwendig, um eine erfolgreiche „Übergabe in Verantwortung“ im Jahr 2014 zu gewährleisten (F 19, 22, 26).

Im Bereich internationaler Kooperation ist ein vernetzter Ansatz (*Comprehensive Approach*), der zivile und militärische Elemente miteinander verbindet, in Afghanistan unabdinglich (F 31). Im Zuge der Transition wird Deutschland nicht mehr benötigte Fähigkeiten ab Ende 2011 abbauen. Die Vereinbarung des Inteqal-Prozesses wird von der BR als „Durchbruch“ für die künftige Entwicklung des internationalen Engagements gewertet, da sie den Abzug ausländischer Militärs determiniert.

(2) Unter *Staatswesen und Regierungsführung* wird die Regierungsführung Karzais in den letzten zehn Jahren evaluiert. Die vier bisher stattgefundenen Wahlen (sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen) und deren landesweiten Durchführungen, werden im Bericht als Erfolge gewertet. In Kombination mit willkürlichen Entscheidungsprozessen und personellen Engpässen zeichnet sich jedoch ein Vertrauensverlust seitens der afghanischen Bevölkerung, und somit eine Delegitimierung der Zentralregierung in Kabul, ab. Der F bewertet die

durch die Zentralregierung ausgeübte Kontrolle auf die Provinzen als unzureichend. (F 45)

Im Bereich der *Menschenrechte* erklärt der Bericht, dass im Gegensatz zu der Zeit der Talebanherrschaft schon bedeutsame Fortschritte erzielt worden sind. Internationalen Standards entspricht die Situation laut BR jedoch noch nicht. Die Lage zeigt vor allem Mängel in den Bereichen der Strafverfolgung und der Rechtsstaatlichkeit. Rückschritte sind nicht ausgeschlossen. (F 55)

(3) Im dritten Teil des F, *Wiederaufbau und Entwicklung*, wird zu den Sektoren Wirtschaft, Gesundheit und Bildung Bilanz gezogen. Die Wirtschaft hat sich dynamisch entwickelt, bleibt mit einem Handelsbilanzdefizit von 3,3 Mrd. US-Dollar aber weiterhin von Importen abhängig. Infrastrukturmaßnahmen sind im großen Maße durchgeführt worden. Der Bericht beurteilt die Fortschritte bei der Trinkwasser- und Energieversorgung sowie bei dem Ausbau der Verkehrswege als erheblich. Das Gesundheitswesen in Afghanistan bleibt ungenügend mit erheblichen Defiziten in allen Bereichen; steigende Impfraten und sinkende Sterberaten (Mütter- und Säuglingssterblichkeit) implizieren jedoch eine langsame Verbesserung (F 97). Zum Thema Bildung fügt der F hinzu, dass sich vor allem für Mädchen und Frauen der Zugang zur Grundbildung „grundlegend geändert“ hat (F 93), da sie unter der Talebanherrschaft vom Bildungswesen komplett ausgeschlossen waren. In der Berufs- und Erwachsenenbildung gibt es jedoch noch einen beachtlichen Rückstand im Bezug auf fehlende Studienplätze und Lehrende sowie im Hinblick auf einen gleichberechtigten Zugang von Männern und Frauen.

Zuletzt thematisiert der F den gesellschaftlichen Wandel in Afghanistan. Der stark traditionell-konservativen Bevölkerung tritt eine große Anzahl junger AfghanInnen gegenüber, die teilweise im Ausland gelebt haben, moderne Medien konsumieren und so große Erwartungen an die Zukunft hegen. Bei Enttäuschung dieser Hoffnungen droht eine Abkehr in die Radikalisierung (F 100).

Am Ende des Dokuments wird mit Hinblick auf die internationale Unterstützung in Afghanistan noch einmal betont, dass die aufgezeigten Fortschritte nur durch internationale Hilfe geschehen konnten und diese deshalb noch für einen langen Zeitraum notwendig sind. Damit dieser positive Trend weiter verfolgt werden kann, muss die afghanische Regierung laut BR weitere Anstrengungen unternehmen und die Hilfe auf afghanische Bedürfnisse abgestimmt werden (F 102).

3 IDEOLOGIEKRITIK

Die Journalistin Christiane Hoffmann kritisierte nach Veröffentlichung des Fortschrittsberichts 2010, dass ein Dokument, welches den Begriff „Fortschritt“ im Titel trägt, eine unvoreingenommene Prüfung der Lage in Afghanistan und des Handelns der BR von vornherein ausschließe (FAZ Dezember 2010). Um zu verstehen, warum das Dokument diesen Titel trägt und ein Aufzeigen der *Fortschritte* aus Sicht der BR notwendig war, muss zunächst die BR als Akteur und Gruppe mit den dazugehörigen gruppenspezifischen Interessen und Handlungsmustern genauer betrachtet werden. Die BR ist in einer Machtposition und somit daran interessiert, diese Macht zu erhalten. In einem demokratischen System wird die Regierung durch Wahlen legitimiert. Herfried Münkler (Münkler 2006: 338) und Ulf von Krause (2011: 207) stellen fest, dass die deutsche Bevölkerung Krieg grundsätzlich ablehnend gegenüber steht und so denjenigen wählt, der Krieg verhindert und Frieden und Sicherheit gewährleistet.

Der Einsatz wurde bis zum Jahre 2007 einseitig dargestellt. Damals kam dem Afghanistaneinsatz noch keine große mediale und öffentliche Aufmerksamkeit zu und die BR stand so nur bedingt unter öffentlichem Rechtfertigungszwang: So lange keine Schreckensnachrichten bei der Bevölkerung ankamen, konnte die BR das Bild eines „Entwicklungshelfers in Uniform“ aufrechterhalten. Mit steigender Aufmerksamkeit, häufigeren Todesopfern unter den deutschen Soldaten und der Kunduz-Affäre im Jahr 2009 wurde Aufklärung und eine abweichende Positionierung der Machthaber zu der harmlosen Darstellung des Afghanistaneinsatzes notwendig. Um die Legitimierung des Einsatzes durch den BT und die Bevölkerung weiterhin zu gewährleisten, musste ein Dokument geschaffen werden, welches umfangreiche Informationen zur Lage und zum Einsatz bot, nicht mehr beschönigte und gleichzeitig eine positive Tendenz in der Entwicklung aufzeigte. Denn bei 62 % Zuspruch für einen Truppenabzug unter der deutschen Bevölkerung (Forsa April 2010) konnte Zustimmung nur noch durch eine Trendwende in die „richtige“ Richtung erreicht werden. Eine Zustimmung war wiederum notwendig, um auf internationaler Ebene im Sicherheitsrat und als Bündnispartner in der NATO die übernommenen Pflichten weiterhin bewerkstelligen zu können und so eine einflussreiche Stellung auf internationaler Ebene zu bewahren (siehe auch Al-Ahmad et al. in diesem Band). So ist zu erklären, dass der Bericht zwar einerseits auf viele Missstände und Verschlechterungen hinweist, andererseits jedoch trotzdem von einer Trendwende ausgeht.

Die BR befindet sich in ihrer gruppenspezifischen Rolle in einem Spannungsfeld wieder: Einerseits muss sie zum Machterhalt ihre Kompetenz beweisen und zeigen, dass sie dazu fähig ist, positive Veränderungen in Afghanistan

zu erreichen, andererseits wird ihr Handelsspielraum durch unterschiedliche Akteure beschränkt (NATO, Ressourcen, Zustimmung der Bevölkerung und des Bundestages). Dieses Spannungsfeld wird im Folgenden beispielhaft durch die genauere Betrachtung von Adressat, Widersprüchen, nicht belegten Behauptungen und einer Analyse der Quellenlage im F verdeutlicht:

Laut *Einleitung* wurde der Bericht auf Wunsch des *Bundestages* erstellt. Es handelt sich jedoch um ein Dokument, das sowohl Abgeordnete also auch die Allgemeinheit informieren soll. Das Lesen wird einem in der Einleitung leicht gemacht. Sie fasst grob die Ergebnisse des Berichts zusammen. Schlüsselwörter sind im F fett hervorgehoben: „*Terrorangriffe*“, „*Bedrohung*“, „*Sicherheitslage*“, „*Wendepunkt*“, „*Trendwende*“, „*Transitionsprozess*“, „*langfristige Aufgabe*“ (F 5). Sie vermitteln so vor allem in der Zusammenfassung des Abschnitts der Sicherheitslage eine politisch klare Botschaft an den Bürger und bilden die Hauptargumentationslinie der BR: Die Terrorangriffe vom 11. September 2001 haben die Welt erschüttert und auch uns (die Deutschen) in eine Lage der potentiellen Bedrohung versetzt. Der Einsatz in Afghanistan war (deshalb) erforderlich. Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich zwar verschlechtert, es zeichnen sich jedoch ein Wendepunkt und eine Trendwende ab. Somit kann der Transitionsprozess begonnen werden, auch wenn eine Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Deutschen von einem langfristigen Engagement nicht entbindet.

Die Einleitung des Berichts gibt somit anscheinend alle wichtigen Informationen, die einen kritischen Bürger interessieren: Warum sind wir in Afghanistan? Lohnt sich ein Engagement für die deutsche Bevölkerung? Sterben viele deutsche Soldaten/innen? Was passiert mit meinen Steuern / wie viel wird mich der Einsatz kosten? Wann wird Deutschland seine Truppen abziehen? Die letzte Frage ist besonders interessant, denn zum ersten Mal wird in einem offiziellen Dokument der BR auf einen möglichen Abzug eingegangen.

Man kann den F also aus ideologiekritischer Perspektive als politische Schrift an die BürgerInnen betrachten, die in ihrer Einleitung eine politische Botschaft übermittelt, welche durch die darauffolgende Analyse in den drei Teilbereichen Sicherheit, Staatswesen und Regierungsführung sowie Wiederaufbau und Entwicklung unterfüttert wird. Nach anfänglichem Desinteresse während der ersten sieben Einsatzjahre ist die deutsche Bevölkerung besorgt und verärgert und möchte endlich verstehen, was in Afghanistan eigentlich geschieht (Von Krause 2011: 152f). Sie soll durch den Bericht davon überzeugt werden, dass Verbesserung und Fortschritt greifbar sind.

Widersprüche und Behauptungen sind schwer zu identifizieren, da Informationen selten mit Quellenverweisen versehen wurden. Dennoch lassen sich vor

allem im ersten Teil des Berichts, Sicherheit, markante Widersprüche und Behauptungen finden, die hier exemplarisch angesprochen werden.

Im Kapitel 1 zur Sicherheitslage im gesamten Land wird wiederholt davon gesprochen, dass der Abwärtstrend in der Sicherheitslage Ende 2010 erstmals gestoppt sei und es Grund zur Hoffnung auf Verbesserung gebe. Die folgenden 10 Seiten geben dann jedoch ein ganz anderes Bild der Lage ab: Im selben Kapitel steht, dass das Jahr 2010 das verlustreichste Jahr auf allen Seiten war und der Süden, Südwesten und Osten des Landes weiterhin sehr unruhig seien. Im Kapitel 2 zur Sicherheitslage im ISAF Regionalkommando Nord heißt es weiterhin, dass eine Trendwende ungewiss sei, was sich frühestens im Frühsommer 2011 zeigen werde. Eine schlecht lesbare Grafik auf Seite 15 veranschaulicht die Bewegungsfreiheit der Entwicklungshelfer im Norden von Afghanistan. Nur in der Hälfte der Distrikte im Norden könnten sich die Entwicklungshelfer bei Tageslicht voll bewegen. Diese Darstellung stellt in Frage, was in Kapitel 3 der angebliche Zurückgewinn der Initiative von ISAF und ANSF gegenüber der Insurgenz zu bedeuten hat. Es wird in dem Kapitel 3 in keinem weiteren Wort auf diese Aussage eingegangen. Die zwei Aussagen zum gestoppten Abwärtstrend und zur zurückgewonnenen Initiative decken sich also nicht mit den sehr negativen Darstellungen der Sicherheitslage. Zwar wird im Kapitel 2 bezüglich der Nordregion als positives Beispiel die Eroberung des Distrikts Chahar Darrah genannt, dieses einzige erfolgreiche Ereignis passierte jedoch einen Monat (November 2010) vor Herausgabe des F; ein Halten des Distriktes konnte nach so kurzer Zeit noch nicht garantiert werden.

In F 12 wird weiterhin behauptet, dass die hohe Truppenstärke und die zunehmende Professionalisierung der ANSF begründete Erwartungen dafür geben, dass es zu einer nachhaltigen Stabilisierung kommen werde. Gleichzeitig wird aber auch festgestellt, dass die ersten Truppen ab Ende 2011 abziehen werden und dass bei der Ausbildung der ANSF quantitative Ziele zwar erreicht würden, es aber vor allem noch an der notwendigen Qualität der Ausbildung und Loyalität zur Zentralregierung fehle. Die *begründete* Erwartung kann man somit bestenfalls als Hoffnung bezeichnen. Auch im Kapitel 7 zum Beitrag der Staatengemeinschaft zur Stabilität und Sicherheit wird ein weiteres Mal versucht, eine positive Tendenz zu beweisen, die nicht sichtbar ist: Im Norden würden die Neuausrichtung der deutschen Truppen, die bedeutende Unterstützung von ca. 5000 US-Soldaten und zusätzliche Fähigkeiten „beginnen erste Wirkung zu entfalten.“ (F 32) Diese Behauptung wird ohne faktischen Beleg in den Raum gestellt.

Im Kapitel 3 des F zur „Bedrohung durch regierungsfeindliche Kräfte“ wird deutlich, wie sich die Verfasser im Ringen um eine plausible Rechtfertigung des

Einsatzes in Widersprüche verstricken. Wird der Einsatz in der Einleitung zunächst mit dem 11. September 2001 und somit als Intervention zur Bekämpfung der terroristischen Organisation Al Qaida begründet, wird im Kapitel 3 eingeräumt, dass sich Al Qaida-Kämpfer kaum noch auf afghanischem Boden befinden würden, was dem noch anhaltenden Einsatz somit Legitimation entzieht. Die BR „rettet“ ihre Argumentation dann allerdings unter Heranziehung des Haqqani-Netzwerks, welches im Jahre 2009 einen Anschlag auf die deutsche Botschaft verübte und „nachweislich auch Verbindungen zu Al-Qaida“ (F 17) unterhalte. Außerdem würde auch die Islamische Bewegung Usbekistan (IBU) Deutschland durch islamistischen Terrorismus bedrohen. Beispiele oder Präzisierung dieser Behauptungen bleiben aus, das Feindbild und somit auch die Legitimationsgrundlage des Einsatzes können auf diese Weise jedoch aufrechterhalten werden.

Zum Thema Demokratisierung sieht Kapitel 10 die viermalige Durchführung von landesweiten Wahlen in den letzten zehn Jahren als beachtlichen Fortschritt an. Auch wenn der F nicht leugnen kann, dass es im Jahre 2009 und 2010 zu erheblichen Mängeln und Wahlbetrug kam, seien die Wahlen aber dennoch in Anbetracht der erschwerten Sicherheitslage für die Demokratisierung des Landes ein Erfolg gewesen. Es bleibt folglich problematisch von einer Festigung demokratischer Strukturen zu sprechen, vor allem, wenn Karzai verfassungswidrig ein Sondertribunal einsetzt, um vermeintliche Wahlbetrüger zu ahnden und so das Parlament nach seinem Belieben neu zusammensetzt (International Crisis Group 2011: 2). Das Verhältnis zwischen „hinnehmbarer“ Korruption und Wahlen in einer sich entwickelnden Demokratie wird nicht problematisiert.

In Kapitel 11 wird die Kontrolle der Zentralregierung über die Provinzen als unzureichend beschrieben und behauptet, die Übergabe der Sicherheitsverantwortung werde hier Handlungsdruck erzeugen. Diese Aussage impliziert, dass sich durch den Zeitdruck des Transitionsprozesses bald etwas ändern werde. Einen Absatz weiter wird jedoch beschrieben, dass die Zentralregierung die Provinzen im geschichtlichen Verlauf des Landes nie vollständig unter Kontrolle hatte und Präsident Karzai gar keinen Wert darauf lege, sein klientelistisches Verhalten gegenüber den Provinzen zu ändern. Es fällt also schwer anzunehmen, dass sich innerhalb der nächsten vier Jahre viel verändern wird, wenn man sich auf die Zentralregierung und die Provinzgouverneure verlässt. Der Handlungsdruck wird sich folglich eher auf die internationale Gemeinschaft übertragen. Forschungen haben gerade für den Nordosten belegt, dass auf Dorf- und Distriktebene (und nicht auf Provinzebene) selbstorganisierte Kommunikation und Governance erfolgreich durchgeführt werden können, was nicht unbedingt eine Stärkung der Zentralregierung bedeutet (vgl. Koehler 2011).

In Kapitel 17 wird behauptet, dass im Justizsystem eine Richtungsveränderung deutlich spürbar sei. Wenn aber eine Seite weiter davon gesprochen wird, dass 80% der Bevölkerung weiterhin Stammes- und Dorfräte bevorzugen weil die staatlichen Gerichtshöfe korrupt und willkürlich handeln, lässt sich ein Wechsel in eine andere Richtung schwer erkennen. Es wird weiterhin von einem massiven Aufbau der Unterstützung zur Verbesserung des Justizwesens ab 2007 gesprochen, nachdem es ab 2002 zunächst schleppend anließ. Bei den vorgestellten Projekten datiert aber lediglich eines aus der Zeit nach 2007.

Weiterhin auffällig ist, dass in den Kapiteln, in denen es an klar erkennbaren Fortschritten und Projektergebnissen mangelt, zurzeit durchgeführte Projekte und bereitgestellte Finanzmittel aufgezählt werden. Dies soll einen Fortschritt implizieren der faktisch noch nicht messbar ist und lässt sich vor allem in dem zweiten Teil *Staatswesen und Regierungsführung* beobachten. Mit Ausnahme von drei Kapiteln³ zeigt ein Mangel an explizit genannten Ergebnissen ein großes Defizit im Bereich *Good Governance* auf, welches der Bericht durch angeblich erfolgreiche Projekte und Finanzstützen abzumildern versucht. Positiv ist in diesem Zusammenhang allerdings anzumerken, dass der dritte Teil *Wiederaufbau und Entwicklung* auf eine differenzierte Darstellung expliziter Ergebnisse Wert legt und somit ein Erkennen des Fortschritts erleichtert.

Außerdem für die ideologiekritische Analyse interessant ist die Frage nach der Verwendung von empirischen Daten im Dokument. Dies findet vor allem durch die Einbettung von Zahlen im Fließtext statt. Bei der Analyse des Fortschrittberichts zeigt sich jedoch, dass die wenigen ausführlichen, empirischen Stellen meistens auf *negative* Entwicklungen hinweisen.⁴ Eine solche Beobachtung könnte erklären, dass auf weitere umfangreiche Auswertungen von Zahlen und Daten verzichtet wurde, um den Anschein des Fortschritts nicht zu gefährden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich vor allem in den Teilen 1 und 2 viele Widersprüche und Behauptungen aufdecken lassen, die für eine ideologiekritische Betrachtung des Berichts als Bemühung der BR zur Darstellung ihrer Fähigkeiten und Kompetenz zum Machterhalt spricht. Wo richtige Ergebnisse fehlen, wird Fortschritt durch Scheinerfolge und Projektbeschreibungen suggeriert. Gleichzeitig wird auf Missstände hingewiesen. Diese Beobachtung lässt auf zunehmenden Druck durch die deutsche Öffentlichkeit schließen, der die BR zu

3 Kapitel 13 „Ansehen der Regierung bei der Bevölkerung“, 17 „Justizwesen“, 18 „Bekämpfung der Korruption“.

4 Beispiele hierfür auf S. 10 Sicherheitsrelevante Zwischenfälle, S. 51 Ruf der Regierung, S. 71 Korruption, S. 76 Drogenanbau.

einer genaueren Berichterstattung veranlasste, ohne jedoch von dem Fortschrittsgedanken abzulassen.

4 DISKURSANALYSE

Die folgende Diskursanalyse legt Subtexte offen, die für den Leser des F auf den ersten Blick schwer zu erkennen sind. Sie dekonstruiert den Text mit dem Ziel, die Ergebnisse der Ideologiekritik zu überprüfen und weitere Subtexte zu verdeutlichen. Hierfür wird die Methode der qualitativen Kodierung angewendet, bei der einzelne Textpassagen begrifflich verdichtet werden. Während des Prozesses der Kodierung werden Kommentare hinzugefügt, die die Benennung des Kodes sowie die Zuordnung zur Textpassage erklären. In einem nächsten Schritt werden die gesammelten Daten in einer Matrix erfasst, um den roten Faden zu rekonstruieren. Diskurse unterteilen sich in Stränge und Fragmente: Ein Diskursstrang ist ein thematisch einheitlicher Diskursverlauf im gesellschaftlichen Gesamtdiskurs. Er besteht aus unterschiedlichen Fragmenten, die Unterthemen des Stranges behandeln. Der nun folgende Abschnitt fasst die Ergebnisse der Diskursanalyse des F zusammen und nennt zur Veranschaulichung der Diskurse einige Beispiele aus dem Regierungsdokument.

Während der Analyse wurden die Diskursstränge „Legitimation“, „Eigenverantwortung“, „Good Enough Governance“, „Global Player“ und „Gender“ herausgearbeitet. Sie teilen sich in folgende Diskursfragmente:

Tabelle 1: Diskursstränge und -fragmente im Fortschrittsbericht 2010

<i>Diskursstrang</i>	<i>Diskursfragment</i>
<i>Legitimation</i>	Bedrohung State-Building Kompetenz Freund und Helfer Internationale Gemeinschaft
<i>Eigenverantwortung</i>	Komplexität Bewusstseinswandel
<i>Good Enough Governance</i>	Keine Fragmentierung
<i>Global Player</i>	Verpflichtung Größe Leitnation
<i>Gender</i>	Keine Fragmentierung

Diskursstrang „Legitimation“

Der Diskursstrang „Legitimation“ ist im Bericht am umfassendsten und sehr fragmentiert vertreten. Die Rechtfertigung des Einsatzes und der deutschen Präsenz in Afghanistan nehmen so den Hauptteil des Berichts ein. Während der Analyse wurden die fünf Fragmente „Bedrohung“, „State Building“, „Kompetenz“, „Freund und Helfer“ sowie „Internationale Gemeinschaft“ herausgearbeitet.

a) Diskursfragment „Bedrohung“

Wie auch schon in der Ideologiekritik erwähnt, wird der deutsche Einsatz vorrangig mit der weiterhin bestehenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus begründet. Diese Argumentation findet sich vor allem im ersten Teil „Sicherheit“ des Berichtes wieder. Deutschland sei 2001 mit in Afghanistan eingezogen, um an der Seite der internationalen Gemeinschaft gegen die Bedrohung vorzugehen, die aus der Region rund um Afghanistan entspringt.

„Der Bericht erinnert auch an den Ausgangspunkt und fortgeltenden Grund für die enormen Anstrengungen und Opfer der Bundeswehr wie der zivilen Vertreter und Aufbauhelfer bei ihrem Einsatz: Die Bedrohung *auch der Bundesrepublik Deutschland* durch inter-

nationalen Terrorismus und islamistischen Extremismus. Um es hier deutlich zu sagen: Das vielfältige, zivil-militärische und diplomatische *deutsche Engagement* in Afghanistan ist ein Beitrag zur Sicherheitsvorsorge gegen Gefahren, die nicht erst an unseren Grenzen entstehen.“ (F 4, Hervorhebung durch die Autorin)

Diese Aussage impliziert, dass Afghanistan zwar territorial weit entfernt erscheint, die Gefahr ihren Ursprung jedoch in diesem Gebiet hat, welches Terroristen einen Unterschlupf gewährt. Auch Deutschland sei kein sicherer Ort mehr. Distanzen relativieren sich in einer „immer enger verflochtenen Welt“ (F 4) und rechtfertigen so ein Eingreifen an einem für Deutschland fernen Ort mit allen Mitteln (zivil-militärisch, diplomatisch): „Die Terrorangriffe vom 11. September 2001 haben gezeigt, wie leicht unsere Sicherheit durch radikale Fanatiker aus entlegensten Gegenden der Welt bedroht werden kann.“ (F 5)

Der Begriff „radikaler Fanatiker“ erweckt den Eindruck, dass die westliche Welt es mit verrückten und nicht zurechnungsfähigen Kriminellen zu tun hat, die das Wohlergehen der Menschheit gefährden, an welchem Ort auf der Welt sie sich auch aufhalten mögen („entlegenste Gegenden“). Mit verrückten, von ihrer Idee besessenen und rücksichtslosen Personen kann man nicht verhandeln und Frieden erzielen. Hat man es mit FanatikerInnen und nicht mit RebellInnen zu tun, dann muss man diese schwächen, dominieren oder beherrschen, um Sicherheit garantieren zu können. Afghanistan sei ein gefährlicher und quasi rechtsfreier Ort gewesen, der solchen FanatikerInnen einen Rückzugsraum ermöglichte. So hätte der deutsche Einsatz im Rahmen der internationalen Gemeinschaft der Schwächung der Al-Qaida gedient und habe den in Afghanistan „agierenden Terrornetzwerken den sprichwörtlichen Boden entzogen“ (F 5) (siehe kritisch hierzu Kühn in diesem Band).

b) Diskursfragment „State-Building“

Wie auch schon in der Ideologiekritik erwähnt, wird der „State-Building“ Diskurs weitaus weniger als Begründung für den Einsatz angeführt. Es lassen sich nur wenige Stellen finden, so zum Beispiel auf F 4 und F 9:

„[Es] wurde versucht, unser Engagement in Afghanistan so abzubilden, wie es ist: ein langfristiger, solider Beitrag zu den Fundamenten und dem weiteren Aufbau eines eigenständigen und stabilen Staats.“

„Ziel der Staatengemeinschaft ist und bleibt ein souveränes und hinreichend stabiles Afghanistan, das die in seiner Verfassung verankerten Menschenrechte achtet und von dessen Boden keine Gefahr für die Region und die Staatengemeinschaft ausgeht.“

Die Stabilität und Souveränität des Staates Afghanistan tritt in diesem Diskurs in den Vordergrund, wird jedoch mit dem Bedrohungsdiskurs verknüpft. Nur durch Stabilität könne die Bedrohung gemindert werden, die aus der Region entspringe. Während das Diskursfragment „Bedrohung“ erklärt, warum sich Deutschland seit 2001 in Afghanistan engagiert, formuliert der „State Building“ Diskurs Ziele, die sich nach der Intervention und der Verschlechterung der Sicherheitslage ergeben haben.

c) Diskursfragment „Kompetenz“

Das Diskursfragment „Kompetenz“ nimmt einen großen Teil des Legitimationsdiskurses ein und vermittelt die Aussage, dass die BR und die internationale Gemeinschaft die Situation in Afghanistan unter Kontrolle haben und die notwendigen Fähigkeiten besitzen, die Situation in Afghanistan nachhaltig zu verbessern.

Die Feststellung einer Trendwende dient der Demonstration deutscher Kompetenz: Sie soll suggerieren, dass sich der deutsche Bundeswehreinsatz nun in die richtige Richtung bewege und die deutsche, zivil-militärische Unterstützung die Fähigkeiten dazu besitze, Veränderungen hervorzubringen. Der Abwärtstrend sei „gestoppt“ und sollte der Versöhnungsprozess, wie von der afghanischen Regierung geplant, anlaufen, dann seien alle Voraussetzungen geschaffen, um im Jahr 2011 eine „spürbare Trendwende“ zu erreichen (F 5). Die Verwendung des Wortes „spürbar“ impliziert, dass die Verbesserung erheblich und sichtbar sein wird. Im Zusammenhang mit der Trendwende wird in dem Bericht auch von einem möglichen Abzug von deutschen Truppen gesprochen:

„Die Bundesregierung hat stets betont, dass sie nicht dauerhaft militärisch in Afghanistan bleiben wolle.“ (F 5) Mit dieser Aussage werden Vorwürfe aus dem Weg geräumt, dass Deutschland strategische Interessen in Afghanistan vertreten könnte. Der Abzug der Bundeswehr hätte nie in Frage gestanden. Wie schnell ein Abzug jedoch möglich sei, richte sich nach der Sicherheitslage und den erreichten Erfolgen.

Es lässt sich die Beobachtung machen, dass die Trendwende an mehreren Stellen prophezeit, im Nebensatz jedoch wieder relativiert wird. Beispiele hierfür finden sich auf F 9, wo davon gesprochen wird, dass in Schlüsseldistrikten „beachtliche Erfolge“ erreicht worden wären, sich die Trendwende jedoch frühestens im Frühsommer 2011 zeigen werde.

Diese Beobachtung zeigt, dass die BR gern ihre Kompetenz mit Hilfe einer Trendwende untermauern möchte, sich jedoch der Gefahren bewusst ist, welche zu sehr übertriebene Behauptungen für sie bedeuten könnten. Die deutsche Öffentlichkeit schaut nun genauer auf den Afghanistaneinsatz und steht dem deut-

schen Engagement kritischer gegenüber. Der Wunsch nach baldigem Abzug der Truppen wird immer stärker. Deshalb muss der Öffentlichkeit eine halbwegs realistische Abzugsperspektive geboten werden.

Abgesehen von dem Trendwendediskurs ist, wie auch schon in der Ideologiekritik erwähnt, die Vielzahl an Projektpräsentationen hervorzuheben, in denen vor allem durch die Nennung der finanziellen Ausgaben der Eindruck von einem ambitionierten deutschen Engagement vermittelt wird. Im F wird beispielsweise allein viermal erwähnt, dass Deutschland in verschiedenen *Trust Funds* drittgrößter Geber in der internationalen Gemeinschaft ist (F 29, 33, 65, 83).

Darüber hinaus macht die BR an mehreren Stellen jedoch auch deutlich, dass ihre Hilfszahlungen nicht ohne Gegenleistung zur Verfügung stehen würden. Sie stelle Bedingungen zur Korruptionsbekämpfung, dem Bürokratieabbau und dem Versöhnungsprogramm (z.B. F 7, 65, 72), welche den Eindruck erwecken, dass die BR die afghanische Regierung zumindest teilweise unter Kontrolle hat und sie in eine bestimmte Richtung drängen kann.

d) Diskursfragment „Freund und Helfer“

Die Begriffe „Freund“ und „Helfer“ werden nicht direkt im Text genannt. Dennoch lassen sich im F einige Stellen finden, welche den Eindruck einer Selbstdarstellung der BR als „Freund und Helfer“ vermitteln. Die Bundesregierung betont beispielsweise, dass es auf dem Gebiet des Polizeiaufbaus historische Beziehungen mit Afghanistan gibt (Aufbau der nationalen Polizeiakademie in Kabul durch Deutschland in den 1960er Jahren, F 20). Eine solche Aussage zeigt, dass positive Ereignisse in der Vergangenheit das Verhältnis von Deutschland und Afghanistan geprägt haben und Deutschland gern bereit ist, schon Aufgebautes zu rekonstruieren.

Des Weiteren legt die neue NATO-Strategie laut BR großen Wert auf den Schutz der Zivilbevölkerung (F 62). Die Bundeswehr wird so in das Licht des Freundes der afghanischen Zivilisten gerückt. Ein weiteres Beispiel ist die Thematik der Unterstützungszahlungen: Deutschland habe Afghanistan den Erlass aller Altschulden zugesagt und Unterstützungszahlungen kämen als nicht rückzahlbare Zuschüsse Schenkungen gleich (F 81). So stellt sich die BR als großzügiger Helfer dar, der Afghanistan nicht nur alte Schulden erlässt sondern, darüber hinaus, sogar noch einen Neuanfang finanziert.

Zusammenfassend legitimiert die BR in diesem Fragment den Einsatz deutscher SoldatInnen mit dem Argument, dass sich Deutschland schon vor 2001 in Afghanistan engagiert hätte und so auf den Willen und die Bedürfnisse eines hilfsbedürftigen Freundes eingeht.

e) Diskursfragment „Internationale Gemeinschaft“

Zur weiteren Legitimierung des deutschen Engagements wird die internationale Gemeinschaft herangezogen. Dieses Diskursfragment ist jedoch nicht sehr ausgeprägt. Zunächst wird auf die Bündnissolidarität verwiesen, die durch den Terroranschlag am 11. September 2001 im NATO-Bündnis erstmals ausgerufen wurde. Der Terroranschlag sei als Angriff auf das gesamte Bündnisgebiet gewertet worden. „Die Bundesregierung stimmte dem ausdrücklich zu und erklärte ihre Solidarität.“ (F 10)

Des Weiteren wird auf Seite 32 behauptet, dass die Beteiligung von inzwischen 48 Nationen die „breite Legitimität der internationalen Sicherheitspräsenz“ unterstreiche. Wenn sich so viele andere Staaten in Afghanistan engagieren, dann ist auch eine Beteiligung Deutschlands gerechtfertigt.

Außerdem werde der auf internationaler Ebene neu entwickelte und momentan in Afghanistan angewendete vernetzte Ansatz (*Comprehensive Approach*), der sicherheitsspezifische, politische und entwicklungsökonomische Aspekte miteinander verbinde, die notwendigen Veränderungen bringen. Besonders betont wird in diesem Zusammenhang in Kapitel 7, dass zivil-militärische Zusammenarbeit keine Militarisierung der Entwicklungshilfe bedeute und sich zivile und militärische Komponenten gleichberechtigt ergänzen würden. Dieser Aspekt weist die Vorwürfe verschiedener NGOs zurück, dass die Zusammenarbeit von Entwicklungshelfern und dem Militär die zivilen MitarbeiterInnen unnötig in Gefahr bringen und Entwicklungshilfe unter militärischer Dominierung zu einem politischen Instrument verkommen würde (Schetter 2010: 41; Barnett und Weiss 2008: 4).

Diskursstrang „Eigenverantwortung“

Im Diskursstrang „Eigenverantwortung“ zeigt die BR Grenzen auf, an die sie während der letzten zehn Jahre gestoßen ist und weiterhin stößt. Die begrenzten Möglichkeiten der deutschen Einsatzkräfte zeigen sich in den Fragmenten „Komplexität“ und „Bewusstseinswandel“.

a) Diskursfragment „Komplexität“

Das Diskursfragment „Komplexität“ betont, dass allzu umfassende Prognosen und schnelle Erfolge mit Vorsicht zu beurteilen sind. Viele Probleme (ethnische Rivalitäten, Korruption, Willkür), denen sich die BR in Afghanistan nun stellt, existierten schon Jahrzehnte vor der internationalen Intervention. In Verbindung mit der organisierten Kriminalität würde sich im Norden so eine „schwer zu durchschauende Gemengelage“ ergeben (F 14).

Im Hinblick auf die Gesamtsituation in Afghanistan im Bereich Staatswesen stellt der Bericht fest:

„Die afghanische Bevölkerung hat wegen der traumatisierenden Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nur geringes Vertrauen in ihre Regierung, was den parallelen Organisationsstrukturen der Taliban in die Hände spielt. Hinzu kommt: Afghanistan war im Laufe seiner Geschichte weitgehend kein zentral regierter Staat.“ (F 41)

Es bilden sich folglich Probleme in der Vertrauensbildung und in der Ausbildung eines Zentralstaates. Beide Problematiken werden durch negative oder mangelnde Erfahrungen in der Vergangenheit erschwert. Dass die Provinzen momentan noch wenig unter der Kontrolle des Zentralstaates stehen, sei vor allem auf die „geographischen, ethnischen und religiösen Bruchlinien der afghanischen Gesellschaft“ (F 45) zurückzuführen.

Die Vielzahl an gegnerischen Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen (Kapitel 3) und der Analphabetismus aufgrund eines über Jahrzehnte kaum existenten Bildungssystems (Kapitel 12), sowie die wichtige Rolle, die der Drogenanbau seit vielen Jahren in dem Land spiele (Kapitel 19), würden Veränderungen erschweren.

b) Diskursfragment „Bewusstseinswandel“

Kritik an Karzais Regierungsführung wird mit ihren blockierenden Effekten begründet. Karzai sei durch das Aufrechterhalten eines klientelistischen und korrupten Systems maßgeblich an dem Vertrauensverlust der afghanischen Bevölkerung beteiligt. Sollte sich nicht bald etwas ändern, dann drohe eine Vertrauenskrise. Der afghanische Staat sei seiner Verantwortung im Bereich der Korruptionsbekämpfung und Justizwesen nicht ausreichend nachgekommen (F 6, 67, 71) und würde die Stärkung der Provinzen nicht ausreichend unterstützen, weil dieses als Schwächung des Präsidenten interpretiert werde. So würden Provinzgouverneure auch nicht nach ihren politischen Fähigkeiten benannt, sondern „aus Gefälligkeit, aus machtpolitischem Kalkül oder zur Wahrung des ethischen Proporz“ (F 45). Der Wille zum Aufbau eines transparenten Verwaltungsapparats sei gering (F 48). Die BR könne nur begrenzt agieren, weil „die Thematisierung konkreter, hochrangiger Korruptionsfälle [...] als unzulässige Einmischung des Auslands“ (F 72) angesehen werde.

Der F fordert einen schnellen Bewusstseinswandel in der afghanischen Regierung um sowohl das Vertrauen der Bevölkerung, als auch das der internationalen Gemeinschaft zurückzugewinnen: „Hier sind in erster Linie eigene afgha-

nische Anstrengungen erforderlich, die mit einem Bewusstseinswandel einhergehen müssen.“ (F 41)

Diskursstrang „Good Enough Governance“

Der Diskursstrang „Good Enough Governance“ befasst sich mit den an die Wirklichkeit angepassten Zielsetzungen der BR für den Afghanistaneinsatz. Auch die Bezeichnung „Good Enough Governance“ findet sich nicht direkt im Bericht wieder, wird jedoch von Guido Westerwelle so in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 2010 benutzt und bietet sich deshalb als Bezeichnung des Diskursstrangs an. Schon in seiner Rede hatte der Außenminister eingestanden, dass sich die BR in ihrer anfänglichen Zielsetzung in Afghanistan überschätzt habe und die Situation im Einsatzgebiet nun nüchterner und realistischer betrachte. Diese Einstellung spiegelt sich auch im F wieder. Deutschland habe sich „unrealistische Zielsetzungen“ gegeben und sich von der „trügerisch ruhigen Sicherheitslage“ im Jahr 2002 täuschen lassen (F 5). Bereits 2003 hatte sich herausgestellt, dass der ISAF Zeitplan den wirklichen Verhältnissen vor Ort nicht entspreche (F 31).

Auch wenn diese Verschlechterung der Sicherheitslage teilweise mit der Aufstockung des NATO-Kontingents und der erhöhten Operationsdichte und dem Operationstempo erklärt wird, täuschen die Zahlen nicht über eine ernstzunehmende Situation hinweg. Deutschland habe außerdem einen Imageverlust unter den Afghanen erlitten (F 51).

„Die Anschläge und Gefechte von Kundus haben die dort eingesetzten Soldaten, Beamten und Aufbauhelfer, aber auch die deutsche Öffentlichkeit mit der Wirklichkeit eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts konfrontiert.“ (F 13)

Auch wenn im Bericht das Wort „Krieg“ vermieden wird, verdeutlicht dieses Zitat dennoch die Einsicht über den Ernst der Lage und die Tatsache, dass das Militär vor Ort keine Entwicklungshilfe betreibt sondern direkt an Kämpfen beteiligt ist. Des Weiteren zeigt der Verweis auf die deutsche Öffentlichkeit, dass sich die BR der öffentlichen Kritik und Meinung durchaus bewusst ist.

Als logische Schlussfolgerung aus der veränderten, und an die Wirklichkeit angepassten, Perspektive folgt eine Herabsetzung der Ziele: Im Bericht wird in Bezug auf Korruption, Menschenrechte, Sicherheit und Polizeiaufbau mehrmals betont, dass das Ziel des internationalen und deutschen Engagements ein „hinreichend stabiles“ Afghanistan sei (F 5, 9, 19, 26, 34). „Hinreichend“ bedeutet „gerade genug“ (*good enough*), so dass es ohne internationale Unterstützung

funktionieren kann. Es werde ein „Mindestmaß an effektiver und guter Regierungsführung“ (F 41) angestrebt.

Diskursstrang „Global Player“

Nach dem Legitimationsdiskurs ist der „Global Player“ – Diskurs im Dokument quantitativ am häufigsten präsent. Fast in jedem Kapitel hebt die BR ihre bedeutende Rolle auf internationaler Ebene hervor und dass der Beitrag Deutschlands im internationalen Vergleich signifikant sei. Dies tut sie auf dreierlei Weise:

a) Diskursfragment „Verpflichtung“

Zunächst stellt sie sich mit anderen internationalen Akteuren auf eine gleichberechtigte Ebene und betont ihre Verpflichtungen, die sie als Mitglied in einer internationalen Organisation zu leisten hat. Dadurch rückt sich die BR in ein Licht der verantwortungsvollen und verlässlichen Partnerin. Im Text finden sich hierfür beispielsweise folgende Aussagen: „Gemeinsam mit der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft hat sich die BR zu einem Beitrag an der Aufgabe verpflichtet“ (F 4) und „Deutschland hat sich gemeinsam mit internationalen Partnern verpflichtet, zur Schaffung selbsttragender afghanischer Polizeistrukturen beizutragen.“ (F 26). Des Weiteren würde Deutschland regelmäßig Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan anregen und durch den deutschen Sitz im Sicherheitsrat und der Teilnahme an der RECCA⁵ zu einer „konstruktiven Lösung“ in der Region beitragen (F 39). Interessant in diesem Zusammenhang ist die Beobachtung, dass sich Deutschland im Kapitel 9 zum Einfluss der Region im gleichen Atemzug mit den Nachbarstaaten nennt und so den Eindruck einer territorialen Nähe vermittelt, die faktisch nicht existent ist.

b) Diskursfragment „Größe“

Des Weiteren versucht die BR ihre Bedeutung im internationalen Vergleich durch „Größe“ zu verdeutlichen. Wie schon im Kompetenzfragment erläutert, stellt sich die BR an mehreren Textpassagen als drittgrößte Geberin dar. „Als größter EU-Mitgliedsstaat“ würde Deutschland 20% des EU-Finanzbetrags leisten und gestalte das Engagement der EU in Afghanistan so „aktiv“ mit (F 31). Außerdem stelle Deutschland in EUPOL das „größte Kontingent“ (F 30).

5 Regionale Konferenz zur ökonomischen Kooperation zu Afghanistan.

c) Diskursfragment „Leitnation“

Zuletzt versucht die BR ihre Bedeutung auf internationaler Ebene weiter zu unterstreichen, indem sie sich als Vorbild für andere Nationen und initiativgebend darstellt:

Deutschland sei in der Nordregion eine „Leitnation“, hätte „bereits 2003“ als erste Nation ein PRT übernommen und somit eine „Vorreiterrolle“ gespielt (F 13, 25, 32, 46). Seit 2002 übernehme Deutschland die „Führungsrolle“ im Polizeiaufbau und der „deutsche Ansatz“ (Verbindung der Bereiche Ausbildung, Ausrüstung und Infrastruktur) sei „zielführend“ und werde „von der afghanischen Seite begrüßt“ (F 20, 26).

Diskursstrang „Gender“

Es wird an vielen Stellen im F explizit auf die verbesserte Rolle der Frauen hingewiesen. Auch wenn dieser Diskursstrang im Fortschrittsbericht nicht sehr ausgeprägt ist, tritt er dennoch konsequent in allen Teilen des Berichtes zum Vorschein.

Die konsequente Evaluierung der Rolle der Frau im deutschen Engagement zeigt das gesellschaftliche Interesse der Öffentlichkeit an der Heimatfront. Mit Fortschritten im Frauen- und auch im Kinderschutz lässt sich eine Zustimmung zum militärischen Einsatz in Afghanistan akquirieren. Diese Beobachtung unterstreicht die Aussage Gillian Youngs, dass „Gender“-Themen in der Afghanistan-intervention stark dazu instrumentalisiert werden, Zustimmung an der „Heimatfront“ zu erreichen (Youngs 2010: 935).

Diskurse im Fortschrittsbericht 2011

Im Fortschrittsbericht Afghanistan 2011 (F II), der ein Jahr später als das in diesem Abschnitt analysierte Dokument erschien, bleiben die identifizierten Hauptdiskursstränge bestehen. Es wird weiterhin von einer Trendwende gesprochen, die jedoch anhaltend fragil sei. Auch das Terrorismusargument bleibt Hauptbegründung zum Einsatz deutscher Kräfte in Afghanistan. Ein neuer Diskursstrang, der im Einklang mit der Einführung des Konzepts und Begriffs der „Transformationsdekade“ durch die Bonn Konferenz im Dezember 2011 steht, ist der „Wir lassen Afghanistan nicht im Stich“-Strang. Somit wird dem Einwand entgegengewirkt, die ausländischen Truppen würden das Land nach ihrem Abzug 2014 komplett sich selbst überlassen.

Während die Diskurse im FII weitestgehend gleich bleiben, lassen sich bei der formellen Berichterstattung jedoch schon einige Verbesserungen finden. Be-

sonders in den Abschnitten „Menschenrechte“, „Frauen“, „Kinder“ und „Bildung“ wird weitaus mehr Wert auf aussagekräftige Beispiele gelegt. Positiv anzumerken ist außerdem, dass die Berichterstatter sich teilweise bemühen, ihre Methode zu erklären.⁶ Das Dokument bleibt dennoch weit davon entfernt, ein „objektives“ Bild der Lage in Afghanistan zu bieten, obwohl solche Bilder die langfristigen Bemühungen der BR eher unterstützen als behindern könnten.

5 ANALYSEERGEBNISSE UND SCHLUSSBETRACHTUNG

Hypothese I (*Auf nationalem Niveau soll der Bericht die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum militärischen Einsatz festigen*) und Hypothese II (*Auf internationalem Niveau dient der Bericht der Festigung einer bedeutenden deutschen Stellung in der Weltpolitik*) werden durch die vorliegende Analyse bestätigt. Für Hypothese I machen die Ergebnisse der Ideologiekritik deutlich, dass sich der F vorrangig an die deutsche, informationsbedürftige Öffentlichkeit richtet und mit Behauptungen und Übertreibungen an solchen Stellen einen positiven Trend aufzuzeigen versucht, an denen das empirische Datenmaterial nicht ausreicht oder einen gegenteiligen Trend belegen könnte. Dementsprechend ist die Quellenlage teilweise sehr einseitig und für eine unvoreingenommene Evaluation ungenügend.⁷ Die Notwendigkeit des Aufzeigens einer positiven Entwicklung liegt in der Tatsache begründet, dass sich in der deutschen Öffentlichkeit mehr und mehr ein Klima der Ablehnung ausbreitete. Einerseits wollte die BR positionsbedingt durch die Bevölkerung wiedergewählt werden, war andererseits jedoch auch daran interessiert, ihre Stellung in der internationalen Gemeinschaft durch pflichtbewusste Ausführung ihres Auftrags zu festigen. Die Zustimmung der WählerInnen zum militärischen Einsatz muss folglich noch bis Ende 2014 (vollständige Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen) gesichert sein. Dass die BR zugibt, die Situation in der Vergangenheit falsch eingeschätzt zu haben und sich um eine realistischere Darstellung bemüht, zeigt die Einsicht über die eigene Unkenntnis und Unsicherheit auf Regierungsebene – ein Zugeständnis, welches von der deutschen Öffentlichkeit (Presse, Bundestag...) in den Monaten vor der Veröffentlichung des BR immer lauter gefordert wurde und so Druck auf die BR ausübte.

6 Ein Beispiel hierzu findet sich auf der Seite 27 des Berichts wieder, in dem versucht wird die Frage zu beantworten, wie man Sicherheit überhaupt messen kann.

7 Eine differenziertere Einschätzung der Lage geben zum Beispiel McChrystal 2009, International Crisis Group März 2012, International Crisis Group August 2011 und UN Security Council Secretary-General's Report 2011.

In der Diskursanalyse ist vor allem der Diskursstrang „Legitimation“ für die erste Hypothese entscheidend. Auf umfangreiche Weise wird den Bürgern gezeigt, dass der Einsatz zu ihrem Schutz und Wohl geschieht (Fragment „Bedrohung“), die BR alles unter Kontrolle hat, zu einer Verbesserung der Lage fähig ist (Fragment „Kompetenz“: Trendwende in Verbindung mit einer klaren Abzugsperspektive als Beschwichtigung der deutschen Wählergemüter) und der Einsatz von den Afghanen gewollt ist (Fragment „Freund und Helfer“). Das „State-Building“-Fragment spielt nur bedingt eine Rolle. Große Übertreibungen in die positive Richtung werden jedoch vermieden, was zeigt, dass die BR nun vorsichtiger mit Behauptungen umgeht und sich der öffentlichen Kritik bewusst ist.

Die Diskursstränge „Eigenverantwortung“ und „Good Enough Governance“ zeigen die Grenzen der deutschen Fähigkeiten auf und rücken die afghanische Regierung in ein schlechtes Licht. Die BR sei sich nun der realen Verhältnisse bewusst, habe demzufolge ihre Ziele herabgesetzt und sei auf die Mitarbeit der Afghanen angewiesen. Die Einsicht der realen Verhältnisse dient als Antwort auf den Vorwurf, die BR führe eine „Vernebelungstaktik“.⁸ Durch mehr Ehrlichkeit soll erneut Vertrauen aufgebaut werden. Auch wenn der „Gender“-Diskurs keinen zentralen Teil im Bericht einnimmt, kann er als weiteres Nebenargument zur Überzeugung der Bevölkerung gewertet werden, welche großen Wert auf Menschenrechte und Frauenschutz legt.

Dass die BR einen Narrativwechsel vom „Helfer in Uniform“ zum „Global Player“ vollzogen hat, zeigt sich im Bericht sehr deutlich und bestätigt somit Hypothese II. Die Ideologiekritik legt offen, dass sich der F an anderen internationalen Modellen orientiert und vor allem den *Progress Report* der Amerikaner an vielen Stellen als Quelle heranzieht.

Der „Global Player“-Diskurs verdeutlicht den Narrativwechsel: Die BR stellt sich teils als gleichberechtigte Partnerin, teils als große Geberin und Truppenstellerin, und zuletzt sogar als Vorreiterin und Leitnation, dar. Auf diese Weise wird ein gewisser Machtanspruch auf internationaler Ebene geäußert. Außerdem geht mit dem Narrativwechsel eine größere Bereitschaft zur (mandatierten) Gewaltanwendung im Peacekeeping (Friedenerzwingen) einher.

Der „Global Player“-Diskurs zeugt von einem neuen Selbstbewusstsein, welches die BR durch den F zu vermitteln versucht. Die Fragmente „Internationale Gemeinschaft“ und „Freund und Helfer“ im Legitimationsdiskurs unterstreichen diesen Befund, da einerseits die internationalen Pflichten betont werden und an-

8 Wie er zum Beispiel durch MdB Jan van Aken in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag am 16. Dezember 2010 geäußert wurde.

dererseits der Eindruck erweckt wird, dass Deutschland schon seit langer Zeit als Global Player agiert.

In der Ausgabe des *Spiegel* vom 5. September 2011 wird aufgedeckt, dass Deutschland diese Rolle ganz aktiv gewählt hat und Ende 2001 unter dem Motto der „uneingeschränkten Solidarität“ nicht nur mit den USA zusammen in Afghanistan interveniert ist, um ihre Bündnispflicht gegenüber den Amerikanern zu erfüllen. Es war vielmehr ein machtpolitisches Kalkül, welches von den Amerikanern zunächst wenig begrüßt wurde (Der Spiegel Nr. 36 2011, 76). Die BR suchte nach Anerkennung auf internationaler Ebene, welche ihr momentan nur bedingt zu Teil wird.

Tabelle 2: Hypothesen und Ergebnisse

<i>Hypothese</i>	<i>Ergebnisse der Analyse</i>
<i>I. Auf nationalem Niveau soll der Bericht die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum militärischen Einsatz festigen.</i>	<i>Ergebnisse der Ideologiekritik:</i> <u>Adressat:</u> Der Bericht ist an den einfachen Bürger adressiert. Er soll davon überzeugt werden, dass Verbesserung und Fortschritt greifbar sind. <u>Behauptungen und Widersprüche:</u> • Teile 1 und 2: große Anzahl an Widersprüchen und nicht weiter begründeten Behauptungen. • Bei fehlenden Ergebnissen: Suggestieren des Fortschritts durch bestimmtes Vokabular (Bsp. Trendwende). • Trotz Hinweis auf Missstände, die schlussendliche Interpretation betont den „Durchbruch“ und einen positiven Trend. <u>Quellenlage:</u> • Teil 1 und 3: fehlende unabhängige Evaluierung und Expertise • Bestätigung des von Presse und Opposition vorgebrachten Vorwurfs der voreingenommenen Evaluierung.

<i>II. Auf internationalem Niveau dient der Bericht der Festigung einer bedeutenden deutschen Stellung in der Weltpolitik.</i>	<i>Ergebnisse der Ideologiekritik:</i> <u>Struktur und Quellenlage:</u> Ist anderen internationalen Berichten ähnlich. Der <i>Progress Report</i> der USA wird oft zitiert. <i>Ergebnisse der Diskursanalyse:</i> Legitimation (vor allem die Fragmente „Bedrohung“ und „Kompetenz“) Eigenverantwortung Good Enough Governance Gender
---	--

Mittlerweile liegen der Öffentlichkeit weitere Regierungsdokumente zur Information vor, zu denen zwei Zwischen- und ein Fortschrittsbericht (F II, siehe Diskursanalyse), das Abschlussdokument der Bonner Konferenz vom 5. Dezember 2011 (welches ganz bewusst in leicht verständlicher Sprache formuliert wurde) sowie der bilaterale Vertrag zwischen Deutschland und Afghanistan vom 16. Mai 2012 zählen.

Es wird deutlich, wie die BR in den neu veröffentlichten Dokumenten langsam „lernt“ und wie sich das seit Langem bestehende Informationsdefizit in eine Auseinandersetzung über die Kriterien von Erfolg und Scheitern verwandelt hat. An dieser Stelle wird die diskursanalytische Übung allerdings nicht wiederholt, die an den F II angelegt werden könnte. Der Fokus dieses Beitrags liegt auf dem Fortschrittsbericht 2010, weil er ein spätes, aber *erstes* Dokument einer diskursiven Strategie darstellte, der über die institutionellen und ausdeutenden Eliten (Parlament, Wissenschaft, Leitmedien) hinaus in das Vorbewusstsein und letztlich in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dringt. Dass dieser Versuch 2010 unternommen wurde, wird bis heute von diesen Eliten positiv gewürdigt, gleich der seitdem offeneren Informationspolitik der BR. Konterkariert wird der Effekt dieser Informationspolitik durch die mit dem Abzugsdatum verknüpfte abnehmende Attraktivität des Themas „Afghanistaneinsatz“. Dieser Trend erleichtert es den Kritikern der Intervention momentan, an ihren Bildern von Scheitern und Erfolglosigkeit festzuhalten und gleichzeitig den Unterstützern des Einsatzes, die Argumentation des undifferenzierten Fortschrittsmotiv fortzuführen, da aus der Öffentlichkeit zur Zeit wenig Widerspruch erklingt.

Nach zehn Jahren deutschen Engagements in Afghanistan war es im Dezember 2010 höchste Zeit, den Einsatz auf umfangreiche Weise zu bewerten. Deshalb ist die Veröffentlichung des F ein wesentlicher Schritt zur Lösung der Patt-situation, in der sich die BR momentan befindet. Aber ein wenig Einsicht der realen Verhältnisse in Verbindung mit dem Verweis auf internationale Pflichten

und auf die wichtige Rolle Deutschlands in der Weltpolitik sind nicht ausreichend. Die Öffentlichkeit braucht nun eine Darstellung der ungeschönten Wirklichkeit, damit eine Legitimationskrise auf lange Sicht abgewendet werden kann. Denn das afghanische Volk ist angewiesen auf die ausreichende Stärkung und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um seinen eigenen Weg gehen zu können. Nur durch die öffentliche Unterstützung und Legitimation an der „Heimatfront“ besteht die Chance, dass deutsche Truppen diese Mission erfolgreich beenden können.

LITERATUR

- Becker, Johannes und Wulf, Herbert. 2010. *Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse*. Münster: LIT.
- Beste, Ralf; Demmer, Ulrike et al. 2011. „Ein deutscher Krieg“. in *Der Spiegel*, 36: 75-87.
- Barnett, Michael und Weiss, Thomas G. 2008. „Humanitarianism – A Brief History of the Present“. In *Humanitarianism in Question – Politics, Power, Ethics*, hrsg. v. Barnett, Michael und Weiss, Thomas, S. 1-48. New York: Cornell University Press.
- Bundesregierung. 2010. *Fortschrittsbericht Afghanistan – zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags*. Berlin.
- Bundesregierung. 2011. *Fortschrittsbericht Afghanistan – zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags*. Berlin.
- Forsa. 2010. „Immer mehr Deutsche plädieren für Afghanistan-Rückzug“. In *Stern*, 14. April. <http://www.stern.de/politik/ausland/stern-umfrage-immer-mehr-deutsche-plaedieren-fuer-afghanistan-rueckzug-1558211.html> (aufgerufen am 07. August 2012).
- Hauck, Gerhard. 1992. *Einführung in die Ideologiekritik – Bürgerliches Bewußtsein in Klassik, Moderne und Postmoderne*. Hamburg: Argument-Verlag.
- Hebestreit, Steffen. 2011. „Wie im Krieg – mit Plastikmessern, Verteidigungsminister Thomas de Maizière kommt als Lernender nach Afghanistan“. In *Frankfurter Rundschau*, 28. März.
- Hoffmann, Christiane. 2010. „'Fortschrittsbericht' zu Afghanistan – Schöner reden, schöner reisen“. In *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Dezember. <http://www.faz.net /artikel/C30089/fortschrittsbericht-zu-afghanistan-schoener-reden-schoener-reisen-30322272.html> (aufgerufen am 07. August 2012).

- International Crisis Group. 2011. „Afghanistan’s Elections Stalemate“. In *Asia Briefing* Nr. 117, 23. Februar. Kabul/Brüssel, <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/south-asia/afghanistan/B117-afghanistans-elections-stalemate.aspx> (aufgerufen am 07. August 2012).
- International Crisis Group. 2011. „Aid and Conflict in Afghanistan“. In *Asia Report* Nr. 210, 4. August. Kabul/Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-asia/afghanistan/210-%20Aid%20and%20Conflict%20in%20Afghanistan.pdf> (aufgerufen am 07. August 2012).
- International Crisis Group. 2012. „Talking About Talks: Towards a Political Settlement in Afghanistan“, In *Asia Report* Nr. 221, 26. März. Kabul/Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/asia/south-asia/afghanistan/221-talking-about-talks-toward-a-political-settlement-in-afghanistan> (aufgerufen am 07. August 2012).
- Jäger, Siegfried. 2001. „Diskurs und Wissen – Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositionsanalyse“. In *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse – Band I: Theorien und Methode*. hrsg. v. Keller, Reiner; Hirsland, Andreas et al., S. 81-112. Opladen: VS Verlag.
- Keller, Reiner. 2011. *Diskursforschung – Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Koehler, Jan. 2011. *Sub-district governance. Social engineering and local governance in north-east Afghanistan*. Loccumer Protokolle 2/2011, S. 39-65.
- Lindemann, Marc. 2010. *Unter Beschuss – Warum Deutschland in Afghanistan scheitert*. Berlin:Econ.
- McChrystal, Stanley. 2009. *Commander’s Initial Assessment*. 30. August. http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf?sid=ST2009092003140 (aufgerufen am 07. August 2012).
- Mercy, Can. 2008. *Die afghanische Misere – Warum der Westen am Hindukusch zu scheitern droht*. Weinheim: Wiley-VCH.
- Münkler, Herfried.. 2006. *Der Wandel des Krieges – Von der Symmetrie zur Asymmetrie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Reichelt, Julian und Meyer, Jan. 2010. *Ruhet in Frieden, Soldaten! – Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten*. Köln: Fackelträger.

- Schetter, Conrad. 2010. „Von der Entwicklungszusammenarbeit zu humanitären Interventionen – Die Kontinuität einer Kultur der Treuhandschaft“. In *Interventionskultur – Zur Soziologie von Interventionengesellschaften*, hrsg. v. Bonacker, Thorsten; Daxner, Michael et al., 31-47. Wiesbaden: VS-Verlag.
- UN-Security Council. 2011. “The situation in Afghanistan and its implication for international peace and security”, *Secretary General’s Report S/2011/759*, Dezember. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N11/622/56/PDF/N1162256.pdf?OpenElement> (aufgerufen am 07. August 2012).
- Van Aken, Jan. 2010. *Rede - Afghanistan-Bericht ist ein Dokument des Scheiterns*, 16. September. <http://www.linksfraktion.de/reden/afghanistan-bericht-dokument-scheiterns/> (aufgerufen am 07. August 2012).
- Von Krause, Ulf. 2011. *Die Afghanistaneinsätze der Bundeswehr – Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Youngs, Gillian. 2010. „The ‘new home front’ and the war on terror: ethical and political reframing of national and international politics”. *International Affairs*, 4/86 (2010), S. 925-937.